59. Jahrgang No. 115

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 9. März 1911

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** für Gross-Berlin: **20 Pfennig wöchentlich** bzw. **85 Pfennig monatlich** frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. **Insertionspreis** für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftswort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46—49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Tel.: Amt I, Nr. 10131–10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbusserstr. 1, Wienerstr. 1–6, Frankfurter Allee 61—62, Gr. Frankfurterstr. 31 u. 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 7, Badstr. 55, Königstr. 56–57, Rosenthalerstr. 48, Ritnenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Leipzigerstr. 105, Blücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39; Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 39; Gross-Lichterfelde West: Carlstr. 1—2; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 129; Pankow: Bornholmerstr. 1; Rixdorf: Berlinerstr. 41; Schöneberg: Hauptstrasse 155; Tegel: Berlinerstr. 90; Weissensee: Berliner Allee 28; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38—39.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Treptow und Berlin.

Eine Mahnung an den Berliner Magistrat.

Die Frage der Eingemeindung Treptows ist in ein neues Stadium getreten. Die Stimmung in der Bürgerschaft, die in mehreren erregten Versammlungen zum Ausdruck gebracht wurde, der Umstand, daß sogar die Wähler der zweiten Klasse energisch und in nicht mißzuverstehender Weise ihren Vertretern in der Gemeindeverwaltung ihr Mißtrauen bezeigt haben, scheint nicht ganz ohne Einfluß auf diese Körperschaft gewesen zu sein. Jedenfalls liegen die Dinge jetzt so, daß sich elf Stimmen entweder für Rixdorf oder für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Ortes und zehn Stimmen für die Eingemeindung nach Berlin entschieden haben. Die Entscheidung liegt also bei einer einzigen Person, und es steht zu erhoffen, daß der eine oder der andere der zu Rixdorf neigenden Herren sich doch doch eines anderen bedenken und für den Anschluß nach Berlin stimmen wird.

Aber auch ein anderes Moment scheint diesen für Rixdorf stimmenden Gemeindevertretern die Suppe versalzen zu haben. Es war ein offenes Geheimnis, daß die Rixdorfer Wahlrechtsräuber Sukkurs suchten, als sie den Ausgang des bekannten Wahllistenprozesses vor Augen sahen. Diese Hilfe suchten sie nicht vergeblich bei den herrschenden Klassen des Ortes Treptow. Sie hofften, durch die Zusammenwerfung beider Bevölkerungen die bisherige Höhe der zur Wahl in der ersten oder zweiten Wählerklasse berechtigenden Steuerziffern zu erhalten und damit auch ihr Regiment in dem Stadtparlament Rixdorfs zu sichern. In Treptow beginnt das Wahlrecht in der zweiten Klasse erst bei zirka 600 Mark Steuerleistung, in Rixdorf nach dem früheren Modus der Steuerberechnung schon bei zirka 120 Mark, jedenfalls eine ziemlich große Differenz! Aber — und das haben die Herren, die im Rechnen nicht sehr bewandert zu sein scheinen, bei Aufstellung ihres Planes übersehen, — sie bedachten nicht, daß der großen Bevölkerungsziffer Rixdorfs die nur kleine Einwohnerschaft Treptows gegenübersteht, die nur den zehnten Teil der Rixdorfer Kopfzahl ausmacht. Das scheinen die Herren erst neuerdings herausbekommen zu haben. Durch die Verschmelzung beider Orte würde die Steuerleistung pro Kopf der Steuerzahler nur um einen ganz geringen Betrag erhöht werden, so daß also eigentlich in politischer Hinsicht für die Treptower Bevölkerung ein kleiner Vorteil herauskommen würde. Der Schlag, der von der Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit so fein ausgedacht und im geheimen vorbereitet werden sollte, geht also daneben. Aber, und damit dürfte die Objektivität der die Eingemeindung nach Berlin fordernden Kreise bewiesen sein, durch diese politische Besserstellung würde unzweifelhaft der Treptower Bevölkerung verschiedene schwere Nachteile auf allen kommunalen Gebieten beschert werden, die in den Versammlungen zur Genüge besprochen worden sind. Die Garantie, die Rixdorf in bezug auf die Stabilität der Steuerquote auf die nächsten zehn Jahre bietet, kann die reiche Gemeinde Treptow nicht annehmen! Es wäre ein Verstoß gegen die guten Sitten, wenn Treptow dies Geschenk auf Kosten der ärmeren Bevölkerung Rixdorfs annehmen würde. Denn es darf als feststehend betrachtet werden, daß Rixdorf in den nächsten zehn Jahren seinen Einkommensteuern usw. bedeutend erweitern muß, wenn es auf allen kommunalen Gebieten seine Schuldigkeit tun will. Wer den Etat Rixdorfs mit Muße durchsieht, kann zu gar keiner anderen Einsicht kommen.

Die fieberhafte Eile, mit der die Eingemeindungsfrage seitens Rixdorfs betrieben wird, ist verdächtig. Die in beiden Ortsparlamenten herrschenden jetzigen Majoritäten glaubten, durch eine Beschleunigung der Sache zu retten, was zu retten ist. Sie sind jetzt arg enttäuscht.

Jedenfalls, mag die Frage entschieden werden, wie sie will: Eins steht fest — die Bevölkerung Treptows ist durch diese Angelegenheit etwas aufgerüttelt worden, und es ist sicher zu erwarten, daß diejenigen Vertreter der ersten und zweiten Abteilung, die die Verbindung mit Rixdorf gegen den klar ausgesprochenen Willen ihrer Wählerschaft anstreben, sich nach der nächsten Wahl das Rathaus in Treptow von außen betrachten können. Es war ein geradezu köstliches Bild zu sehen, wie in allen Versammlungen die Grundbesitzer, die fast einzig und allein die zweite Wählerklasse darstellen, bei der übrigen Bevölkerung Hilfe gegen ihre eigenen „Erwählten" nachsuchten. Hoffentlich geben die Herren das nächste Mal ihre Stimmen Männern, die mehr Rückgrat besitzen und die hier in Frage kommenden Interessen mit mehr Objektivität zu betrachten vermögen.

Aber auch der Berliner Magistrat würde sich nichts vergeben, wenn er in dieser Frage etwas mehr täte als bisher. Es ist bestimmt zu erwarten, daß im Treptower Gemeindeparlament ein Stimmungsumschlag erfolgt, sobald man sieht, daß Berlin mit der Aufschließung seiner ungeheuren Terrains Ernst macht und beginnt. Berlin hat es in der Hand, Treptow zu fördern oder zu schädigen. Bisher hat es manchmal mit der Verbindung zwischen dem Berliner Magistrat und Treptow gehapert, aber es scheinen nur persönliche Stimmungen und Verstimmungen, die zum Teil sogar auf rein gesellschaftlichem Gebiet liegen sollen, obzuwalten. Darüber sollte man nicht stolpern in einer so wichtigen Lebensfrage zweier Orte. Treptow gehört organisch zu Berlin, und darum sollte sich Berlin Treptow nicht entreißen lassen. Bis zum 24. März, der entscheidenden Sitzung der Treptower Gemeindevertretung, hat Berlin Zeit, seinen guten Willen zu zeigen. Wenn Berlin jetzt ernstlich zugreift, ist die Sache gemacht. Wenn nicht, ist wieder einmal in sündhafter Weise eine Gelegenheit verpaßt.

Für die Veteranen! Der Landtag von Bückeburg beschloß die Steuerfreiheit für die Teilnehmer an einem deutschen Feldzuge, soweit sie ein Einkommen unter 1200 Mark haben, und für Inhaber des Eisernen Kreuzes oder der Landesmilitärdienstmedaille, soweit sie ein Einkommen unter 1500 Mark haben. Oeffentliche Rechte werden durch die Steuerfreiheit nicht berührt.

Kurze Chronik.

Das deutsche Schutzgebiet in Tsingtau ist, wie amtlich bekanntgegeben wird, bis jetzt seuchenfrei geblieben.

Im Befinden des russischen Ministers des Auswärtigen Sasonow, der an einer Angina erkrankt ist, ist eine Verschlimmerung eingetreten. Der Zustand des Ministers ist nicht unbedenklich.

Die portugiesischen Geistlichen, die wegen Verlesung des bischöflichen Hirtenbriefes verhaftet worden waren, sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

Der ständige Ausschuß des Internationalen Hygieneamts in Paris ist gestern zusammengetreten, um die Arbeiten für die im Mai tagende internationale Gesundheitskonferenz vorzubereiten. Die Arbeiten des Ausschusses werden sich mit der Cholera, der Pest und dem gelben Fieber befassen.

Die zweite Lesung des Postetats

hat gestern im Reichstage begonnen. Einen großen Teil der Sitzung nahmen Beamtenfragen ein, einen anderen Verkehrsklagen und -wünsche. Der Klagen waren sehr viele, unter anderen über das Krätkesche Schneckentempo in allen Reformen, den possierlichen Kampf gegen die Messenger Boys und ähnliche private Eilboteninstitute. Herr Krätke verteidigte diesen Kampf mit der sehr logischen Begründung, daß die Privatinstitute dem Postfiskus nur die Einnahmen in den großen Städten fortschnappen, wo etwas zu verdienen sei. Das ist merkwürdigerweise mit allen Verkehrseinrichtungen so; in Kuhschnappel oder Teupitz verspürt man weder ein Bedürfnis nach Messenger Boys noch nach elektrischen Straßenbahnen.

Die Forderungen von Reformen und Verbilligungen im Verkehr sind Herrn Krätke nicht sympathisch; er will weder von einem 10-Pfennig-Weltporto noch von einer Herabsetzung des Ortsportos für Postkarten etwas hören. Er erfreute sich bei seinen rückständigen Erklärungen natürlich der Zustimmung der Konservativen.

Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Der „neue Kulturkampf".

Der gestrige zweite und letzte Tag der Aussprache über den Antimodernisteneid und das gesamte Verhalten des Vatikans im Abgeordnetenhause begann mit einer sehr kräftigen Rede des Sozialdemokraten Ströbel gegen den Ultramontanismus und gegen die schwächliche Haltung der preußischen Regierung gegenüber den Uebergriffen der Kurie. Der Redner forderte reinliche Scheidung zwischen Staat und Kirche und die Befreiung der Volksschule vom kirchlichen Joche.

Herr Porsch vom Zentrum behandelte die Streitfrage recht gemütlich und tat ganz ahnungslos. Seine Versicherung, das Zentrum wolle den konfessionellen Frieden, wird wenig Gläubige finden. Wenn Herr Ströbel die ganze Debatte als einen Froschmäusekrieg bezeichnet, so gab ihm das gestrige mehr als bescheidene Auftreten der Regierungsvertreter nur zu sehr recht. Der Kultusminister v. Trott zu Solz redete schüchtern von einer Konfliktmöglichkeit — als ob der Konflikt nicht schon längst in voller Schärfe da wäre! — und versicherte einmal über das andere, der Staat werde sich in Zukunft eine größere Zurückhaltung bei der Anstellung von katholischen Geistlichen im Staatsdienst auferlegen. Das war alles. Und der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, der sich gestern als preußischer Minister des Auswärtigen betätigte, machte in seinem Bestreben, den Herrn v. Mühlberg, den Gesandten beim Vatikan, herauszuhauen, vor der päpstlichen Kurie eine Verbeugung nach der anderen. Er ging soweit, ihr die Korrektheit bei der Absendung des päpstlichen Schreibens an den Kardinal Kopp feierlich zu attestieren! Auf diese Weise wurde in den billigen Schaumwein der Rede Bethmann Hollwegs vom Dienstag gestern noch eine kräftige Portion Wasser hineingegossen.

Der Abgeordnete Dr. Friedberg (nationalliberal) hielt es für angebracht, die Rede des Ministerpräsidenten gegen Herrn v. Heydebrand auszuspielen. Er mußte ihr zur Erreichung dieses Zweckes Spitzen und Tendenzen unterlegen, die sie nicht enthält. Er wandte sich dann gegen die Gesandtschaft beim Vatikan, zog aber echt nationalliberal nicht die letzte Konsequenz; der Frage der Abschaffung der Gesandtschaft wollen die Nationalliberalen „zurzeit" nicht nahetreten! Da ging der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei Dr. Pachnicke trotz aller persönlichen Sanftmüdigkeit doch schärfer ins Zeug; er bezeichnete die Gesandtschaft, wie wir dies gestern getan, glatt als überflüssig. Wenn die Gesandtschaft nichts erfahre von den Dingen, die sich vorbereiten, sei sie unbrauchbar und könne durch die Post ersetzt werden.

Nach dem Schluß der Debatte und der Bewilligung des Ministergehalts wandte sich beim Kapitel „Kultus und Unterricht" der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Runze gegen die Inquisitionsgelüste des Oberkirchenrats bezüglich der „Irrlehren"; er rollte den Fall des Kölner Pfarrers Jatho auf und kritisierte die Ueberwachung des Konfirmandenunterrichts in Berlin. Der Abgeordnete Winckler (konservativ) verbat sich kurioserweise die Behandlung evangelischer Angelegenheiten vor dem interkonfessionellen Abgeordnetenhause. Auch ein Standpunkt, besonders nach einer zweitägigen Debatte über eine katholische Frage! Die Beratung geht heute weiter.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Eine Intervention?

Die Mobilisierung der amerikanischen Truppen wird an der mexikanischen Grenze mit allem Eifer fortgesetzt. Allseitig wird angenommen, daß die Vereinigten Staaten in Mexiko intervenieren wollen. Von amtlicher mexikanischer Seite wird auf das entschiedenste bestritten, daß ein Grund zu einer Intervention vorliege. Ueber den gegenwärtigen Stand der Dinge liegen folgende Berichte aus Washington und Mexiko vor:

Washington, 8. März.

Die kommandierenden Offiziere befolgen überall mit Eifer den Befehl zur Sammlung der Truppen. Zahlreiche Regimenter sind bereits auf dem Marsch nach den Sammelstellen. Andere sind bereit aufzubrechen und warten nur auf ihre Verladung, für welche die Bahnverwaltungen auf so kurze Ankündigung hin die notwendigen Züge nicht alle stellen können. Die Schiffe im Atlantischen und im Großen Ozean sind damit beschäftigt, Kohlen und Lebensmittel einzunehmen zur Vorbereitung schneller Fahrten nach dem Golf von Mexiko oder nach den Gewässern von Südkalifornien. Man glaubt, daß die wirkliche Bedeutung der Mobilmachung auf die Lage in Mexiko zurückzuführen ist und auf die wachsende Wahrscheinlichkeit, daß die Dinge sich dort in einem weniger befriedigenden Zustande befinden als die mexikanische Regierung behauptet. Man muß sich auf wichtige Ereignisse vorbereiten, denn von anderer Seite wird berichtet, daß das Pearson-Syndikat, das große Interessen im nördlichen Mexiko hat, die englische Regierung um einen angemessenen Schutz für seine eigenen und andere ausländische Interessen ersucht hat mit Rücksicht

auf die chaotischen Verhältnisse,

die fast sicher dem Schwinden des Ansehens der mexikanischen Regierung, geschweige einem Zusammenbruch der Regierung des Präsidenten Diaz folgen müßten. Die rege Tätigkeit, die plötzlich eingesetzt hat, scheine die Meldung zu bestätigen, daß der englische Botschafter Bryce angedeutet habe, England werde eingreifen, wenn die Vereinigten Staaten dies nicht selber tun sollten.

Mexiko, 8. März.

Der Präsident Diaz hat gestern seinen gewöhnlichen Spaziergang in den Anlagen des Palastes gemacht und bis spät in die Nacht Staatsgeschäfte erledigt, offenbar ohne durch die Zusammenziehung der amerikanischen Truppen beunruhigt zu sein. Der mexikanische Minister des Aeußern Creel erklärte, es sei augenblicklich kein Anlaß der Vereinigten Staaten für eine Intervention vorhanden.

Washington, 8. März.

Die hiesige mexikanische Gesandtschaft erklärt, das Gerücht, Mexiko habe ersucht oder ersuche um eine Intervention der Vereinigten Staaten zur Lösung interner Schwierigkeiten, sei lächerlich. Mexiko habe die Macht, um die Revolution unterdrücken zu können. Die öffentliche Meinung stehe der Regierung zur Seite. Die Gefangennahme einer Anzahl Amerikaner die sich an der Revolution beteiligt hätten, sei auf mexikanischem, nicht auf amerikanischem Boden erfolgt.

London, 8. März.

Wie dem Reuterschen Bureau von der hiesigen mexikanischen Gesandtschaft mitgeteilt wird, ist der Gesandte nicht imstande, die Berichte über die Möglichkeit einer britisch-amerikanischen Intervention zu verstehen. Der Gesandte erklärte, er könne nicht glauben, daß die britische Regierung irgendwie an der Fähigkeit der mexikanischen zweifle, die britischen Untertanen zu schützen. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die Ausländer sich in Gefahr befänden. Die mexikanische Regierung sei bis jetzt imstande gewesen, die plündernden Banden, die im äußersten Norden Mexikos Einfälle unternähmen, in Schach zu halten. Sie werde jedoch Schiffe der Vereinigten Staaten willkommen heißen und die Grenze selber abstreifen lassen, um Zuzüge für die Aufständischen von den Vereinigten Staaten her zu verhindern. Die Vereinigten Staaten wüßten ganz genau, daß die meisten dieser Bewegungen in den Vereinigten Staaten ihren Ursprung hätten, wo Madero noch Propaganda betreibe.

London, 8 März.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, liegt über den angeblichen Schritt des englischen Botschafters in Washington bezüglich Mexikos im Auswärtigen Amt keine Bestätigung vor.

Eine Niederlage der mexikanischen Revolutionäre.

New York, 8. März.

Wie aus El Paso gemeldet wird, haben die **mexikanischen Revolutionäre** bei einem Angriff auf die Stadt **Casas Grandes schwere Verluste** erlitten.

Keine Neuwahl in Prenzlau-Angermünde! Nach Artikel 21 der Verfassung des Deutschen Reiches verliert ein Mitglied des Reichstages nur dann Sitz und Stimme im Reichstag, wenn es ein besoldetes Reichsamt oder in einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienst in ein Amt eintritt, mit dem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist. Der Posten eines Landesdirektors, zu dem jetzt der

Abgeordneter v. Winterfeldt bekleidet ist, ist aber kein Reichs- oder Staatsamt; es braucht also in Prenzlau-Angermünde eine Neuwahl nicht stattzufinden.

Die Kämpfe in Marokko.

(Telegraphischer Bericht.)

Tanger, 8. März.

Die Kontingente der Beni Gnassen, Beni Mter und Geruan haben sich mit den Scherarda vereinigt. Aus Rabat wird unter dem 7. d. M. gemeldet, daß die Verbindung nach Fes unterbrochen ist, aus Casablanca an demselben Tage, daß die Zaers und Beni Meskins benachrichtigt seien. Die Verlesung eines Schreibens des Sultans, in dem eine Aushebung von Kontingenten für eine Harka anbefohlen wird, hat keine Störung der Ruhe verursacht.

Destillateure und Spiritusring.

Was die „Berliner Volks-Zeitung" vom 2. März vorausgesagt hatte, ist pünktlich eingetroffen. Die Organisation der Destillateure, der „Verband deutscher Spiritus- und Spiritusinteressenten" hat in seinen geschäftsführenden Ausschuß drei Herren gewählt, die unter allen Umständen aus irgend welchen Gründen gewillt sind, eine „Verständigung" mit dem Spiritusring zu suchen. Zum ersten Vorsitzenden wurde an Stelle des aus privaten Gründen zurücktretenden früheren freisinnigen Abgeordneten und Stadtverordneten Max Schulz der Leiter einer oberschlesischen Großfirma designiert, der bereits in früheren Jahren, da der „Verband" den Abschluß von Sonderverträgen mit dem Spiritusring bekämpfte, diese Absicht durch Spezialvertrag durchkreuzte. Als zweiter Vorsitzender wurde ein Danziger Destillateur gewählt, der stets mit dem Ring liiert war und die „Liebesgabe" in der Kartellenquete über den Ring lebhaft verteidigte. Das war derselbe Herr, der bei dieser Gelegenheit sagte:

„Die Landwirtschaft ist nun einmal der Grundpfeiler unseres ganzen staatlichen Lebens. Auf ihm ist unser Kulturstaat aufgebaut. Schlagen Sie diesen Pfeiler mit frevelnder Hand weg, so wird Ihnen aus dem Staube dieses Trümmerhaufens nichts als die rote Flamme des Umsturzes entgegenleuchten." Eine großartige Leistung!

Und zum dritten Gliede dieses Trifoliums wurde ein Berliner Herr berufen, der ebenfalls aus hier nicht näher zu erörternden Gründen stets für den Anschluß an den Ring gewirkt hatte. Nimmt man dazu die Tätigkeit des Geschäftsführers dieses Verbandes, die zwar sonst nicht überall großer Sympathie bei der Mehrzahl der Mitglieder begegnete, aber stets ebenfalls ganz im Fahrwasser des Ringes segelte, so ist das große Wort nahezu vollendet, sofern nicht etwa die allzu vertrauensseligen Verbandsmitglieder noch einen dicken Strich durch die Rechnung machen!

Die außenstehenden Brenner und Spritfabriken sollen geopfert, dem Ringe soll der Weg zum Monopol geebnet werden. Das sind Machenschaften, die weit über die Kreise der davon betroffenen Gewerbe hinaus verdienen, im Lichte der vollen Oeffentlichkeit zu glänzen. Freilich werden die Branntweinbrenner des Ostens nicht erreichen, daß sie bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die ersehnte Ruhe bekommen und ihnen die „Liebesgabe" nicht wieder vorgehalten wird.

Hat doch das Organ des Bundes der Landwirte bereits erklärt, daß es mit der freiwilligen Abschaffung der Liebesgabe nichts sei und die Opponenten zur Ruhe verwiesen! Natürlich aus ganz wichtigen Gründen. Aber trotz des nahe bevorstehenden Anschlusses der Destillateure an den Ring wird diese Frage nicht zum Abschluß gelangen. Schon das Finanzbedürfnis des Reiches, das anstatt der erwarteten 100 Millionen Mehrertrag, die dann auf 80 Millionen ermäßigt wurden, diesen Anschlag aber niemals erreichen wird, schon dieser stetig steigende Bedarf wird eine wirkliche Reform der Branntweinsteuer in nicht zu ferner Frist nötig machen, die auch die kontingentierten Brenner zur Zahlung heranzieht. Aber skandalös wird es bleiben, daß Kaufleute, die auf ihren Beruf etwas halten, sich ohne Zwang vor den Agrariern beugen und sich selbst aufgeben konnten!

Kein monarchischer Putsch in Portugal. Nach einem Telegramm aus Paris bezeichnet die „Agence Havas" die von einem Vigoer Lokalblatt verbreitete Meldung über einen Aufstand im Hauptorte des portugiesischen Kantons Arcos de Valle de Vez als vollständig falsch.

Belgrad, 8. März. In der heutigen **Ministerkonferenz** wurde der Beschluß gefaßt, daß Kriegsportefeuille dem General Stepanowitsch oder dem General Putnik anzubieten. Die Ernennung des neuen Kriegsministers soll bis morgen erfolgen, wodurch die Gefahr einer allgemeinen Krisis beseitigt würde.

Besprechen, Handauflegen, Gesundbeten.

Die Kurpfuscherkommission des Reichstages

setzte gestern die vor acht Tagen abgebrochene Aussprache über die Bestimmung der Regierungsvorlage im § 3 fort, die den gewerbsmäßigen, nicht approbierten Krankheitsbehandlern die Behandlung mittelst mystischer Verfahren verbietet.

Ein konservatives Mitglied hält eine Unterscheidung für erforderlich zwischen absolutem Unfug und dem, was nicht einwandsfrei ist.

Das „Besprechen"

helfe bei Menschen und Vieh, wie — so sagte der Abgeordnete — er aus dreißigjähriger Erfahrung wisse. (!!) So wenig er hier an eine göttliche Gebetserhörung glaube, so sei es doch ein Heilmittel, das nach Hamlets Wort deutekit werden müsse: Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen Eure Schulweisheit sich nichts träumen läßt! Soll man das nun verbieten? Das wäre ein bedenklicher Eingriff in das Privatleben. Angezählte Heilungen solcher Art seien im Tierreich zu verzeichnen. (!) Beim Besprechen sei eine Rückwirkung auf das Nervensystem des Ausübenden vorhanden. Das seien eben geheimnisvolle Dinge. Er habe es mit angesehen, wie Männer, die die Besprechung an Tieren vollzogen, sich dabei erbrachen. Es bestehe eine geheimnisvolle Beziehung zwischen dem Besprechenden und dem Besprochenen. Man könne das nicht verbieten, das sei ein Eingriff gewissermaßen in heilige Dinge (!). Es gäbe Geheimnisse, die der Wissenschaft bis jetzt nicht zugängig seien. Der Begriff „Kraft" stehe noch nicht fest. Der Redner erklärt, daß er mit seinen Freunden die Aufnahme des Wortes „mystisch" in das Kurpfuschergesetz ablehne.

Von sozialdemokratischer Seite wird folgende Bestimmung beantragt:

„Die entgeltliche Behandlung mittelst mystischer Verfahren (Gesundbeten, Besprechen, Sympathie, Magnetismus, Spiritismus oder eines ähnlichen Verfahrens, das auf der Behauptung beruht, dem Behandelnden wohne eine wunderbare Kraft bei) ist verboten."

Einer der sozialdemokratischen Antragsteller verwahrt sich dagegen, daß er mit seinen Ausführungen gegen das Gesundbeten in der vorigen Sitzung einen Kulturkampf habe eröffnen wollen. Er sei tolerant und wolle jeden nach seiner Façon selig lassen werden.

Dann begründet einer seiner Fraktionsgenossen eingehend den Antrag. Es soll kein Gewissenszwang eingeführt, aber

die Ausbeutung des Aberglauben verhindert

werden. Aerzte und Kurpfuscher sollen gleich behandelt werden. Sympathie und Hypnose wirkten unter Umständen heilend. Der Gesundbeter gäbe, mindestens in neunundneunzig von hundert Fällen wider besseres Wissen vor, daß ihm eine geheime Kraft innewohne. Deshalb dürfte die Sache nicht gewerbsmäßig und gegen Entgelt geschehen. Gewiß sei man noch nicht auf dem Grund der Dinge angekommen, aber sich dieser „geheimnisvollen" Dinge gegen Entgelt zu bedienen, müsse verboten sein. Er habe es als Blasphemie empfunden, wenn jemand erkläre, er könne heilen kraft seines Gebetes, weil er von Gott auserwählt sei. Suggestion und Hypnose sollen auch gegen Entgelt ausgeübt werden können, mystisches Verfahren aber nur unentgeltlich. So solle auch nicht die Suggestion der Regierung auf die Sozialdemokratie verboten werden, im Gegenteil, sie wollten selbst songgerieren. Jeder einzelne sei verpflichtet, mit seiner Gesundheit vorsichtig umzugehen im Interesse der Gesamtheit.

Ein Vertreter des Zentrums führt aus, daß der Antrag der Sozialdemokraten seinen Zweck nicht erreiche; er passe nicht in den Rahmen des Gesetzes. Der Redner fragt:

Was ist wunderbar und was ist Kraft?

Es werde ganz vom Ermessen der Behörden abhängen, ob auch das, was der sozialdemokratische Antrag freilassen wolle, unter Strafe gestellt werde. Auch der Begriff der Unentgeltlichkeit lasse sich gar nicht fassen. Es gebe Vertreter der Wissenschaft, die die Einwirkung des Magnetismus auf die Heilung anerkennen. Wenn jemand so dumm sei, daß er sein gebrochenes Bein vom Besprecher heilen lassen wolle, so könne man ihm nicht helfen. Die Grenze zwischen Glauben und Aberglauben sei so schwer zu ziehen, daß zu gefährlich sei, hier definieren zu wollen. Selbst in den kirchlichen Wallfahrtsorten trage sich manches zu, was auf dieser Grenzlinie liege, und es wäre ein Eingriff in die konfessionelle Freiheit, wenn man hier definieren wolle. Dagegen könne er in bezug auf den Spiritismus Konzessionen machen. Im allgemeinen aber habe jede Regelung auf diesem Gebiete Bedenken. Was jetzt sei der Aberglauben noch nicht unter Strafe gestellt, und das dürfe auch in Zukunft nicht geschehen.

Ein Regierungsvertreter führt folgendes aus: Hypnose sei eine Art Schlafzustand, hervorgerufen durch die Einwirkung der Suggestion. Mystisches Verfahren sei etwas ganz anderes. Nichts sei darin, was einer ernsten wissenschaftlichen Prüfung standhält. Die Gesundbeter behaupten, daß sie imstande seien, durch Versenken in gewisse Gedanken den Irrwahn des Krankseins zu verscheuchen. Es besteht eine Heilanstalt, in der junge Mädchen im Gesundbeten ausgebildet werden; es wird ein Buch darüber vertrieben und ein Abonnement auf eine Monatsschrift. Beim Heilmagnetismus werde namentlich die Unerfahrenheit weiblicher jugendlicher Personen ausgebeutet. Gewöhnliches Wasser werde dabei als heilkräftiges Wasser verkauft. (Siehe Lourdes!) Besprechen und Sympathie seien eine Art Zauberei. Der Spiritismus zitiert „Geister" der Toten mit dem Erfolg, daß die Beteiligten meist in hochgradige Erregung versetzt und gesundheitlich geschädigt werden.

Der Aberglaube im Volke

sei so groß, daß die Gesetzgebung eingreifen muß, bis genügende Aufklärung verbreitet sei. Im Jahre 1869 habe man eine Bevormundung nicht mehr für nötig gehalten und deshalb die Kurpfuscherei freigegeben. Aber seitdem habe diese ungeheure Fortschritte gemacht, und nun müsse die Gesetzgebung eingreifen, um Ausbeutung und Gesundheitsschädigung zu verhindern. Der Regierungsvertreter wendet sich dann besonders gegen die Ausführungen eines Zentrumsredners, der für das Freilassen des Magnetismus plädierte. Einen tierischen Magnetismus gebe es nicht. Früher habe man unter einer magnetisierten Person das verstanden, was man heute unter einer hypnotisierten verstehe. Ein jeder könne eine dazu geeignete Person hypnotisieren.

Alle mystischen Verfahren richten Schaden an.

Der Regierungskommissar trägt ein reichhaltiges Material vor aus 149 festgestellten Fällen. Krebskranke wurden mit Magnetismus und Spiritismus behandelt gegen Honorare von zum Teil mehr als 3000 Mark. Ueberkreds und Rückenmarksdarre werden durch Handauflegen behandelt. Wenn Aerzte ein mystisches Verfahren zum Beispiel gegen die Rose oder Warzen empfohlen hätten, so sei das nicht zu billigen. Der Regierungsvertreter führt unter anderen einen Fall an, wonach eine hochgestellte Persönlichkeit Korpulver eines noch jungsäuglichen Ziegenbocks, der besonders ernährt werden müsse, als Mittel gegen Epilepsie empfohlen habe. (!!!)

Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung erklärt sich wie der konservative Redner gegen das Verbot des mystischen Verfahrens. Pfarrer Blumhardt habe durch Gesundbeten viel erreicht. (?) Sogar ein jüdischer Arzt habe erklärt, das Verfahren könne heilend wirken. Die Grenze zwischen Glauben und Aberglauben, Gutgläubigkeit und Schwindel sei nicht zu finden. In Nordeutschland scheinen die mystischen Verfahren verbreiteter zu sein als im Süden.

Der Vertreter der Reichspartei schließt sich dagegen den Regierungsvertretern an. Das von diesen vorgelegte Material bietet den Beweis, daß 99 Prozent des mystischen Verfahrens

auf Schwindel hinauslaufe.

Der Hauptschade werde angerichtet durch die Verhinderung einer sachgemäßen Behandlung. Die Oeffentlichkeit habe ein vitales Interesse daran, die gewissenlose Ausbeutung zu verhindern. Der Heilmagnetismus sei Schwindel, die vermeintliche Wirkung beruhe auf Suggestion. Werde der Begriff „entgeltlich" scharf gefaßt, so sei mit einem Schlage der größte Unfug beseitigt. Der Antrag der Sozialdemokraten sei ihm sympathisch, die Fassung müsse noch verbessert werden.

Ein süddeutscher Vertreter des Zentrums erklärt, daß er das Gesundbeten als Aberglauben betrachte und legt Wert auf die Feststellung, daß er das schon in der vorigen Sitzung betont habe. Das Wort „mystisch" will auch er gestrichen haben. Bevor er für ein Verbot des Gesundbetens zu haben sei, müsse aber erst festgestellt werden, was Gesundbeten sei. Der Redner beruft sich auf ein etdliches Sachverständigengutachten des verstorbenen Wiener Klinikers Nußbaum, daß eine magnetische Kraft bestimmt vorhanden sei. Damit stehe die Erklärung des Regierungsvertreters im Widerspruch. Er müsse die Regierungsvorlage ablehnen, aber auch den Antrag der Sozialdemokraten.

Ein Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung ist der Meinung, daß die festgestellten Gesetze schon ausreichten, um Schwindel und Ausbeutung zu treffen, wenn man sie nur anwenden wolle. Durch den Antrag der Sozialdemokraten würden die Betrüger nicht getroffen, man erreiche nichts, als daß man anstoße. Der Redner erklärt, seine eigene Tochter sei durch Behandlung eines Kurpfuschers geheilt worden, nachdem sie vergeblich von Aerzten behandelt worden sei. Er lehnt die Vorlage und den Antrag ab.

Ein Regierungsvertreter vom Reichsgesundheitsamt erklärt, wenn Aufsbaums Gutachten tatsächlich so gelautet habe, so stehe es mit der Wissenschaft in Widerspruch.

Von konservativer Seite wird der Antrag gestellt, die Verbotsbestimmung zu richten gegen die Behandlung mittels Gesundbetens, mittels Magnetismus, mittels Spiritismus. Wie der Antragsteller ausführt, hat er das Wort „entgeltlich" weggelassen, weil sonst auch die approbierten Aerzte getroffen würden. Durch seinen Antrag solle aber keinem verboten werden, zu beten oder für sich beten zu lassen.

Ministerialdirektor Dr. v. Joncquières bittet dringend, irgend einen von den Anträgen anzunehmen, damit nicht im Publikum die Vorstellung entstehe, als ob die Kurpfuscherkommission alle mystischen Verfahren freilassen wolle. Der Antrag der Sozialdemokraten gehe reichlich weit, weil „entgeltlich" bedeutend weniger als zwölf ehemalige Offiziere aller Armeen der Welt; es gibt auch manche französische Offiziere darunter, die ein besonders schweres Los haben, weil sie ihren früheren Kameraden wiederbegegnen. Vaterland, Familie, Freunde haben diese Menschen verlassen; ihr Vaterland ist die Legion; ihr einziger Freund nicht selten ihr Leutnant oder Vorgesetzter. Sie sind abgestumpft gegen jeden Ehrgeiz und jede Hoffnung. Was sie vor allem fliehen, ist die Erinnerung. Selbst auf das Avancement verzichten sie, weil sie als Leutnant ihren wahren Namen nennen müssen. Dies tat zum Beispiel ein Deutscher, der sich Walter nannte und sich so außerordentlich hervortat, daß er bald Feldwebel wurde. Er weigerte sich, das Leutnantspatent anzunehmen: „Ich müßte dabei meinen Namen nennen, der nicht Walter ist, und diesen Namen soll niemand auf der Welt wissen außer mir . . ."

C. K.

Aus der Fremdenlegion.

Die Erörterungen über die französische Fremdenlegion im Reichstag, die in Frankreich großes Aufsehen erregt haben, geben dem General Jurlinden Veranlassung, in den „Annales" die Geschichte dieser Truppe zu erzählen. Die Fremdenlegion wurde unter der Regierung Louis Philipps durch ein Gesetz vom 9. März 1831 geschaffen zur Verwendung „außerhalb des kontinentalen Gebietes des Königreichs". Die Legion leistete sogleich in der neuen Kolonie Algerien die besten Dienste; ein Geist ehrgeizigen Wetteifers herrschte unter den Bataillonen, von denen jedes aus Angehörigen einer bestimmten Nation zusammengesetzt war. 1832 nahmen zwei dieser Bataillone, das polnische und das italienische, an der verhängnisvollen Expedition von Maota während des Krieges mit Abd-el-Kader teil, wobei von 2500 Leuten 1000 umkamen.

Bald darauf wurde die Fremdenlegion dazu ausersehen, in die inneren Wirren einzugreifen, die damals Spanien zerwühlten. In den Kämpfen, die die Karlisten mit den Anhängern der Konstitution ausfochten, stand Frankreich auf seiten der Regierung, wollte aber nicht offiziell eingreifen, sondern schickte den Konstitutionalisten die Fremdenlegion zu Hilfe, die im August 1835 in Tarragona landete und in zahlreichen Kämpfen sich außerordentlich bewährte. Ihr Führer war der General Bernelle, dessen Frau, eine feurige Amazone, in der Legion eine bedeutende Rolle spielte und die Herzen zu Kampfesmut und Begeisterung entflammte. Unter den Offizieren befand sich der spätere Marschall Bazaine, der als Leutnant und dann als Kapitän diente. Vervollständigt wurde die Legion in diesen spanischen Kämpfen durch zwei Schwadronen polnischer Lanzenreiter und eine Batterie Artillerie. Wie die spanischen Offiziere anerkannten, „beseelte ein Gedanke die Herzen der Legionäre: kämpfen!" Wenn diesenige Truppe die tapferste ist, die die meisten Streiter verliert, dann war es in Spanien, wie auch in anderen Kämpfen, die Legion; aber auch die Desertionsmanie riß Lücken ihre Reihen, sodaß sich in der karlistischen Armee aus diesen Ueberläufern ein Bataillon bilden konnte. 1839 wurde die französische Legion in Spanien zerstreut; ihre Trümmer sammelten sich in Frankreich.

Ende Dezember 1835 aber war durch ein Dekret Louis Philippes die Begründung einer neuen Fremdenlegion in Algier angeordnet worden. Sie bestand zuerst aus zwei Bataillonen und seit 1840 aus zwei Regimentern. Ihre ruhmreichste Zeit hatte sie unter General de Négrier, der von den Legionären begeistert verehrt wurde und noch heute in ihren Liedern gefeiert wird. Sie zeichnete sich bei den meisten Expeditionen in Algier aus, und der Geist dieser Truppe war stets der einer todesmutigen Tapferkeit, freilich auch mancher Indisziplin und Verrottung. In dem monotonen, stillen Leben der Garnison wird der Legionär leicht in eine dumpfe Melancholie fortgerissen und läßt sich zu Ausschweifungen und Lastern aller Art verleiten. Im Felde dagegen ist er immer tätig, disziplinierter, bereit, alle Anstrengungen zu ertragen, alle Opfer zu bringen. Er hat sein Vaterland, seine Familie, seine Freunde verlassen, nicht selten bewahrt er in seinem Innern das Geheimnis eines vergangenen mysteriösen Dramas, er hat in der Legion Verzeihung für seine Schuld, Vergessen seiner Schmerzen gesucht, er verachtet deshalb alle Mühsal und sehnt sich nach der Gefahr.

Die Psychologie des Fremdenlegionärs ist, wie Gaston Jollivet ausführt, gewöhnlich die eines Verzweifelten. Dunkle Schatten des Verbrechens und der Schmach legen sich geheimnisvoll um viele von ihnen; man munkelt allerlei von ihrem Vorleben, aber man weiß nichts. Auch bei der Aufnahme wird hier nicht nach „Nam' und Art" gefragt; der diensthabende Kapitän hat die Verpflichtung, nicht neugierig zu sein; nur nach dem Alter hat er zu fragen, denn vierzig Jahre setzt das Reglement als Grenze des aufnahmefähigen Alters. „Ich bin 30 Jahre," sagt, ohne mit der Wimper zu zucken, ein Mann mit faltigem Gesicht und grauem Bart, und ohne mit der Wimper zu zucken, schreibt der Beamte ein: „30 Jahre", obwohl er dem Rekruten die 50 Jahre und mehr wohl ansieht.

Woher kommen diese Legionäre? Ueberall her. Sehr wenige aus England, einige aus Italien, die meisten aus dem Elsaß, aus Deutschland und der deutschen Schweiz. Wer die Tapfersten sind, ist schwer zu sagen. Alle sind es, denn das Leben hat für sie keinen Reiz mehr, und die Legion ist für sie die erste Stufe zum Selbstmord, zu einem Selbstmord ohne Lärm und ohne Schreiberei. Aus welchen Gesellschaftsklassen stammen sie? Ebenfalls aus allen. Alle Schichten des sozialen Lebens sind in einem Regiment der Fremdenlegion vertreten, und ein Oberst der Legion hat einmal erzählt, daß sich zum Beispiel unter seinen Untergebenen befanden: ein Polizeikommissar, den sein Beruf angeekelt, ein Nihilist, der sich vor der Rache seiner Gefährten rettete, ein arabischer Gelehrter und Literaturprofessor aus Kairo und ein Negerkönig. Einer der internationalen Polizeibeamten, die periodisch in der Fremdenlegion nach schweren Verbrechern suchen, traf einmal dabei auf einen einfachen Soldaten, bei dessen Anblick er sich mit dem höchsten Staunen tief verneigte. Der andere wurde rot und legte wortlos den Finger an den Mund, um nicht verraten zu werden. Mit einer neuen tiefen Verbeugung murmelte der Beamte: „Verzeihung, Hoheit!"

Die Gründe, die der Fremdenlegion ihre Opfer zuführen, sind zahlreich und dennoch fast immer dieselben: die Liebe, noch öfter das Spiel. Unter hundert Soldaten einer Kompagnie sind häufig nicht

Aus den Konzertsälen.

Im Blüthnersaal ließ sich der Organist Richard Altmann mit Werken von Bach, Mendelssohn und Leon Boellmann hören und errang durch den verständigen Vortrag einen freundlichen Erfolg; die mitwirkende Sängerin Fräulein Margarete Kaminski sollte aber mit ihrer kleinen, wenn auch angenehmen Stimme nicht in so großen Sälen singen. Ein andauerndes Tremolieren stört empfindlich, und auch der Vortrag ist unfertig und ohne innere Wärme. Gänzlich konzertunreif ist die Violinistin Jacobe Schumm, die im benachbarten Scharwenkasaal mit der Sängerin Clara Abramowitz konzertierte. Weder die Technik noch der Vortrag berechtigen vorläufig zum öffentlichen Auftreten. Das Schauderhafteste war wohl die Wiedergabe der „Spanischen Tänze" von Sarasate, die ich mich nicht erinnere, so unsauber und verwischt gehört zu haben; auch die Partnerin muß noch tüchtig lernen, wenn sie mit Erfolg auftreten will. Ihre hellklingende Sopranstimme ist an sich hübsch, modulationsreich und ausreichend. Aber auch hier beeinträchtigen das unleidliche Tremolieren und eine zu weiche, undeutliche Aussprache die Wirkung.

Herr Professor Moritz Mayer-Mahr ließ an seinem Klavierabend im Blüthnersaal einer Instinenzerkrankung wegen um Entschuldigung bitten. Die Leistungen standen aber trotzdem auf künstlerischer Höhe, und namentlich mit wer eigenen, reizenden, graziösen Stücken und dem Intermezzo op. 117 Nr. 1 von Brahms erzielte der Künstler tiefgehende Wirkungen. Der Beifall war überaus herzlich und wohlverdient. Die Verehrung für den Meister zeigten seine dankbaren Schülerinnen durch Ueberreichung eines umfangreichen Lorbeerkranzes.

weitergehe als „gewerbsmäßig“. Die Regierung könnte sich auch damit einverstanden erklären, daß nur einzelne Begriffe der mystischen Verfahren genannt werden. Er warnt indes vor Ausdrücken, die dehnbar seien. Der konservative Antrag sei annehmbar, nur zu eng. Der Ministerialdirektor bittet den Vorsitzenden, über die einzelnen Begriffe abstimmen zu lassen, damit die Meinung der Mehrheit der Kommission richtig zum Ausdruck kommt.

Ein konservativer Redner polemisiert gegen den Regierungsvertreter. Wenn die Wissenschaft bestreite, daß es keine magnetische Kraft gebe, so sei damit noch nicht bewiesen, daß sie nicht bestehe. Mit dem Antrag seiner Fraktionsgenossen ist er nicht ganz einverstanden.

Ein Mitglied der Reichspartei will Arzt und Kurpfuscher gleich behandeln und ist deshalb für den Antrag der Sozialdemokraten. Der Redner hat gesehen, daß Blutungen durch Besprechungen gestillt wurden (!), daher ist er gegen das Verbot des Besprechens.

Der Regierungsvertreter stellt fest, daß bei Annahme des Ausdrucks „gewerbsmäßig“ auch Aerzte getroffen werden nach § 6 der Gewerbeordnung.

Es werden verschiedene Vorschläge gemacht zur Abänderung der vorliegenden Anträge. Die Schlußabstimmung ergibt die Ablehnung des Verbots des Magnetismus. Dagegen wird das Verbot der gewerbsmäßigen Behandlung mittels Gesundbetens, Besprechens, Sympathie, Spiritismus, und ähnlicher Verfahren angenommen.

Das Schöneberger Südgelände.

Ein Fortschritt im Städtebau.

Schöneberg hat im August ein öffentliches Preisausschreiben erlassen. Die preisgekrönten Pläne und etliche andere sind jetzt in der Hohenzollernschule, Martin-Luther-Straße 22/23, zu jedermanns Einsicht ausgestellt. Sie unterliegen der öffentlichen Kritik, und die Stadt Schöneberg ist anscheinend bereit, die Anregungen des Publikums zu verwerten.

Die Schöneberger Pläne zeigen, daß im Städtebau allmählich ein Fortschritt konstatiert werden kann. Man macht nicht mehr wie früher die Bebauungspläne, wo der Geometer mit der Reißschiene die Straßen quadratförmig zurecht schnitt. Sämtliche Bewerber haben zwischen Verkehrstraßen und Wohnstraßen deutlich unterschieden — ein Haupterfordernis des modernen Städtebaues. Nur der Anschluß an die nach Berlin führenden Stadtteile durch große Radialstraßen ist vielleicht nicht besonders glücklich vorgesehen. Dieses Ziel ist nicht leicht zu erreichen, weil das fragliche Gelände nach Berlin zu von drei Seiten durch Bahndämme, Anhalter, Ringbahn und Wannseebahn, abgeschlossen ist. Der Schnellbahnverkehr wird bewirkt durch die Verlängerung der Schöneberger Untergrundbahn, die vorläufig als Einschnittbahn gedacht ist, und durch eine neue Haltestelle der Anhalter Bahn zwischen Papestraße und Südende.

Die vorgesehene Wohndichtigkeit geht noch zu weit. Für das ganze Gelände besteht zurzeit die Bauordnung vom 15. März 1910, die die offene Bauweise vorschreibt und eine Ausnutzung des Grundstücks bis zu Dreizehntel zuläßt. Hinsichtlich der Geschoßzahl ist es dem Bauenden freigestellt, ob er zwei oder drei Geschosse erreichen will. Im ersten Fall (Bauklasse D) darf er die Nebengeschosse der Vordergebäude (Dach- und Kellergeschoß) je zur Hälfte ihrer Grundstache zu Wohnungen oder Geschäftsräumen einrichten, im zweiten Fall (Bauklasse C) ist das verboten. Die Stadt Schöneberg hat nun die Absicht, die Abänderung dieser Bauordnung zu verlangen. Sie will die offene Bauweise, mit Bauwich, fast ganz beseitigen, bis auf einige ganz kleine Landhausviertel. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, denn die Bauweise machen die Wohnungen kalt. Nur müßte der Bauwich vorn als Vorgarten oder hinten als Hofgarten zugelegt werden. Die bauliche Ausnutzung zu nur $^3/_{10}$ müßte bleiben. Darauf aber scheint die Stadtverwaltung nicht zu bestehen. Zwar haben die meisten Bewerber Hinterhäuser und Seitengebäude vermieden. Im allgemeinen scheint jedenfalls die Ausnutzung der Bauplätze über $^6/_{10}$ hinauszugehen. Da ist um so bedauerlicher, als die Stadt statt der niedrigen Bauweise der bisherigen Bauordnung zum Teil Hochbau, vier und drei Geschosse, durchsetzen will.

Auch die Größe der beabsichtigten Parkfläche ist nicht besonders erfreulich. Es sind zwölf Hektar vorgesehen. Für eine Einwohnerzahl von etwa 80 000 auf diesem Gelände ist das recht wenig. Man denke sich, daß eine Stadt mit derselben Einwohnerzahl wie etwa Görlitz nur zwölf Hektar Parkfläche hätte. Dabei sind solche vereinzelt dastehenden Städte viel besser daran als Teile von Groß-Berlin, weil ihnen die ganze Umgegend als Freifläche zur Verfügung steht, was hier wegfällt. Man muß schon die zwei im Schöneberger Südgelände liegenden Friedhöfe hinzunehmen, um auf genügend Luftquellen zu kommen. Dabei ist natürlich vorausgesetzt, daß diese später einmal erworben werden, und zwar nicht zu einem Preis, der sich auf der Höhe des Dreifaltigkeitskirchhofs am Potsdamer Platz bewegt.

Wenn die Stadt beabsichtigt, wie verlautet, auf dem 2000 Hektar großen Gelände 80 000 Menschen unterzubringen, so wäre das noch eine dichtere Besiedelung, als sie Berlin hat. Denn Berlin hat auf den Hektar nur 320 Menschen, hier aber kämen auf dieselbe Fläche 400. Unseres Erachtens lassen glücklicherweise die Pläne keine 400 Menschen auf den Hektar zu. 280 auf den Hektar müßte das Aeußerste sein, was in jener Gegend zulässig ist.

Ein anderer Umstand, der sich fast bei allen Plänen findet, wirkt der dichten Besiedelung entgegen — allerdings so, daß andere Nachteile entstehen. Die Städtebauer haben meist mit Häusern für große und mittlere Wohnungen gerechnet. Die ausgestellten Häusertypen zeigen Wohnungen mit sieben, fünf, vier und nur wenig mit zwei Zimmern. Sie sind damit den Wünschen der Stadtverwaltung entgegengekommen, die nicht nur im bayerischen Viertel und am Stadtpark Kleinwohnungen möglichst ferngehalten hat, sondern die auch jetzt nur ein sogenanntes zahlungskräftiges Publikum heranziehen will. Die westlichen Vororte wollen immer mehr auf den vornehmen Typus hinaus. Die Arbeiterschaft und die kleinen Beamten sollen in die östlichen Vororte abgeschoben werden! Leider bietet auch die lebendigste Zweckverbandsvorlage keine Mittel gegen dies Bestreben, die Klassenunterschiede immer noch mehr zu verschärfen.

Im übrigen haben die Städtebauer manches Erfreuliche geleistet. Der erste Preisträger, Möhring, hat einen recht schönen Spiel- und Sportplatz angelegt inmitten der Parkanlagen, mit einer großen Halle zum Spielen bei ungünstigem Wetter. Das Gelände ist in jener Gegend wegen seiner hügeligen Beschaffenheit sehr geeignet dazu. Nur liegt es am äußersten Zipfel von Schöneberg und ist also für die meisten Bewohner schwer zu erreichen. Möhring hat die einzelnen Baublöcke an zwei Seiten durch Lücken geöffnet, so daß also sämtliche Höfe in einem großen Block, die übrigens ineinander übergehen. Durchzug bekommen. Im übrigen hat Möhring zu wenig Spielplätze. Vielleicht könnten in den Fällen, wo die zusammenhangenden Höfe hinreichend groß sind, diese zu Spielplätzen verwendet werden.

Der zweite Preis ist unter die Herren Paul Wolf und H. Groß geteilt worden. Wolf hat versucht, den neuerdings in Aufnahme kommenden durchgehenden Parkstreifen zu verwirklichen, und zwar als Rundpromenade durch den größten Teil des Geländes. Nur ist dieser recht klein geraten. 56 Meter sind kaum mehr als eine breite Straße — die Bismarckstraße zum Beispiel ist 50 Meter breit. Auch hat Wolf einen Marktplatz geschaffen, der einheitlich von öffentlichen Gebäuden umgeben ist — etwas, was man in Berlin so selten hat. An der einen Seite des Marktplatzes liegt ein Kaffeehaus, von dem sich ein großer Teich nach dem Bauwich hinzieht mit recht schönem Fernblick.

Der Plan von Hermann Jansen ist von der Stadt angekauft worden. Er hat den Vorzug, daß er die Friedhöfe in recht glücklicher Weise in die Parkanlagen mit hineinzieht.

Im ganzen zeigt der Wettbewerb, daß man angefangen hat, die Bebauungsprobleme in Groß-Berlin zu würdigen. Von den Vorurteilen der Mietskasernen müssen wir uns noch mehr losmachen. Aber auch das wird hoffentlich einmal gelingen. K.

Die 110 Prozent.

Stürmische Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg.

In der gestrigen Sitzung der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung stand als Hauptpunkt der Tagesordnung die Magistratsvorlage wegen der Erhöhung der Einkommensteuer zur Beratung. Oberbürgermeister Schustehrus hat, die Vorlage wegen der Erhöhung der Einkommensteuer von 100 auf 110 Prozent von der Tagesordnung abzusetzen. (Große Unruhe.) Stadtverordneter Bollmann widersprach dem Wunsche des Oberbürgermeisters und bestand darauf, die wichtige Vorlage zu verhandeln und darüber, ob verhandelt werden soll oder nicht, namentlich abstimmen zu lassen. 34 Stadtverordnete stimmten dafür, daß die Vorlage nicht vertagt werde, 24 dagegen. Es entstand große Unruhe im Saale, kleine Gruppen bildeten sich, und von den Ausführungen, die wegen der verschiedenen Etatsbewilligungen von den Rednern im Saale gemacht wurden, war auf den Tribünen, die dicht besetzt waren, wenig zu hören. Oberbürgermeister Schustehrus ging von Gruppe zu Gruppe und suchte die erregten Stadtverordneten, die die Einkommensteuervorlage nicht vertagt wissen wollten, umzustimmen und ihnen klar zu machen, daß eine Vertagung im Interesse der Stadt liege. Stadtverordneter Flatau beantragte, die Magistratsvorlage sofort, vor allen anderen Punkten der Tagesordnung, zu verhandeln; Stadtverordneter Otto widersprach diesem Antrag. Infolgedessen wurden erst die anderen Punkte der reichhaltigen Tagesordnung erledigt. Stadtverordnetenvorsteher Kauffmann mußte wiederholt energisch um Ruhe bitten.

Nachdem die Etatsberatungen zu Ende waren, wurde nach 10 Uhr mit den Verhandlungen über die Einkommensteuervorlage begonnen. Stadtv. Woelmer fragte den Oberbürgermeister Schustehrus, ob er in der Lage sei, stichhaltige Gründe für eine Vertagung anzugeben. Oberbürgermeister Schustehrus erwiderte, daß neue Umstände eingetreten seien, die noch näherer Erwägung bedürften. Er wäre dankbar, wenn diese kurze Begründung zur Vertagung genügen würde. Stadtv. Holtz antwortete darauf: Es ist nicht parlamentarisch, wenn ich hier vor zwei Stunden erklärt habe, eine Sache nicht zu vertagen, und jetzt, ohne ein neues Moment zu kennen, dieselbe Sache vertagen will. Wenn auch der Oberbürgermeister erklärt hat, daß neue Momente die Vertagung rechtfertigen, so sind dies doch keine neuen Tatsachen, die einen Stadtverordneten von seiner Entschließung abdringen können. Ich weise darauf hin, daß in der Magistratsvorlage ausdrücklich steht, daß der Beschluß bis zum 12. März erledigt sein muß. Ich verstehe das ganze Manöver des Magistrats nicht. (Zurufe: Sehr richtig!) Es kann nur den Zweck haben, Zeit zu gewinnen, um mehrere Stadtverordnete zum Umfall zu bringen. (Lebhafte Bravorufe. Zurufe: Kuhhandel!)

Stadtverordneter Stadthagen beantragte dann, die Vorlage der geheimen Sitzung zu überweisen. Nachdem der Oberbürgermeister Schustehrus nochmals erklärt hatte, daß der Magistrat nicht daran denke, die Vorlage zurückzuziehen, wurde in namentlicher Abstimmung die Vorlage vertagt.

Der Magistrat hatte den Vertagungsantrag deshalb angeregt, weil die Stadt Charlottenburg abwarten will, wie hoch die städtischen Körperschaften Berlins die Einkommensteuer festsetzen werden. Die Magistratsvorlage wegen der Einkommensteuererhöhung in Charlottenburg soll dann in nächster Sitzung beraten werden.

Der 90. Geburtstag des Prinzregenten Luitpold.

(Telegraphischer Bericht.)

München, 8. März.

Die offizielle Feier des 90. Geburtsfestes des Prinz-Regenten wurde heute abend mit einer Galavorstellung im festlich geschmückten königlichen Hoftheater eröffnet, in dem sich eine glänzende Festversammlung eingefunden hatte. Als der Prinz-Regent mit der Prinzessin Ludwig die große Hofloge betrat, begrüßten ihn die begeisterten Hochrufe der Gäste. Die Kapelle intonierte die Jubelouvertüre von Karl Maria von Weber. Dann wurde ein von Martin Greif gedichteter Prolog gesprochen, der in einer Huldigung für den Regenten ausklang. Später gelangte der dritte Akt der „Meistersinger“, und nach einer Pause „Susannas Geheimnis“ von Wolf Ferrari zur Aufführung.

England und die Bagdadbahn.

London, 8. März. **Unterhaus.** Jowett (Arbeiterpartei) fragte Sir Edward Grey, ob während der Zeit seiner Amtsführung irgendeine Verpflichtung gegen Frankreich übernommen oder Frankreich das Versprechen gegeben worden sei, daß in gewissen Fällen britische Truppen zur Unterstützung der Operationen der französischen Armee entsandt werden würden. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts McKinnon Wood verneinte die Anfrage.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragte Bigham an, ob die Regierung dem von dem Präsidenten Taft ausgesprochenen Wunsch nach einem englisch-amerikanischen Vertrag zur Regelung aller wie immer gearteten Streitfragen durch ein Schiedsgericht ihre Aufmerksamkeit zugewendet habe. Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes McKinnon Wood erwiderte, daß alle derartigen Vorschläge einer sehr wohlwollenden Prüfung begegnen würden.

Balfour, der auf die Bagdadbahnfrage zu sprechen kam, führte aus, England könne gegenwärtig nicht umhin, mit großer Besorgnis auf die Entwickelungen zu blicken, die gerade jetzt in der europäischen Politik in Verbindung mit den Eisenbahnunternehmungen in Kleinasien und Mesopotamien vor sich gingen. Er höre, daß Deutschland und die Türkei die jetzt in der Entwicklung begriffenen Strecken des Bahnbaues nach ihrem eigenen Belieben ausführten. Aber man nähere sich der weiteren Entwickelung, durch die kommerzielle, politische und strategische Interessen Englands sehr nahe berührt würden.

Balfour fragte, welchen Weg die Regierung einzuschlagen gedenke bezüglich der beiden beabsichtigten Entwickelungen der Bahn, bezüglich der Zweiglinie von Bagdad nach Hanekin und der Fortsetzung der Hauptbahn von Bagdad nach dem Süden. Balfour betonte sodann das Ueberwiegen der Interessen Großbritanniens und die Wichtigkeit seiner strategischen Interessen bezüglich des Persischen Golfs. Diese Interessen würden unzweifelhaft durch gewisse Eisenbahnbauplane bedroht.

Sir Edward Grey stimmte Balfour zu bezüglich der Wichtigkeit der britischen Handelsinteressen in jenem Teile der Welt. Sir Edward Grey wies auf das Vorgehen der Regierung unter Balfour in betreff der Bahn hin. Balfour habe in seiner Rede nicht gesagt, daß die gegenwärtige Regierung je in günstigerer Lage gewesen sei, um für die britischen Interessen Bedingungen zu vereinbaren, als die vorige Regierung. Die Zeit, in der man sich der Bahn hätte widersetzen sollen, wenn man sich ihr überhaupt widersetzen müßte, sei die vor Erteilung der Konzession gewesen. Die Konzession ist eine deutsche Konzession in türkischem Gebiet, sagte Sir Edward Grey. Sie bleibt heute, wie sie war, als sie erteilt wurde, und es liegt innerhalb der Rechte der deutschen Konzessionäre, ihre Bestimmungen im türkischen Gebiet auszuführen, wie es ihnen gefällt. Die Konzession der Zweiglinie von Bagdad nach Hanekin ist in der ursprünglichen Konzession mit enthalten. Selbst wenn das englisch-russische Abkommen nicht bestanden hätte, würde es unter keiner Bedingung in den letzten Jahren für uns möglich gewesen sein, Konzessionen in Nordpersien zu erlangen. Wenn wir Konzessionen haben müssen, so müssen sie Südpersien liegen. Nordpersien befindet sich außerhalb unseres Bereichs. Seit Jahren ist es bekannt, daß wir britische Interessen nur im Süden fördern können, und diese Tatsache bleibt unberührt durch alles, was die gegenwärtige Regierung getan hat.

Soweit der britische Handel durch Garantien gleicher Rechte geschützt werden kann, wird er auf diesen Bahnen geschützt werden. Mehr als dies kann die Regierung nicht tun.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

(Telegraphischer Bericht.)

New-York, 8. März.

Truppen gehen nach Texas in **voller Kriegsausrüstung** ab. Von Leavenworth in Kansas werden eine Pontondivision und ein Ingenieurkorps entsandt.

Letzte Nachrichten

Paris, 8. März. Die **Erträgnisse der indirekten Steuern und der Monopole** überstiegen im Februar die Schätzungen um 40 300 000 Francs. Die **Zölle** ergaben im Februar eine Mehreinnahme von 55 397 000 Francs gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres.

Paris, 8. März. Von 680 beschäftigten **Milchhändlern streiken 338.** Der Ausstand ist vorläufig in der Milchversorgung wenig fühlbar. Die Haltung der Ausständigen ist augenblicklich ruhig.

Ein sehr achtbares pianistisches Können zeigte am Donnerstag im Beethovensaal Herr Louis J. Cornell im Vortrag des Schumannschen A-moll-Konzertes op. 54. Ein weicher, modulationsreicher Anschlag, eine einwandfreie Technik, verbunden mit warm beseeltem Vortrag, brachten dies wundervolle Werk zu schönster Wirkung. Die Philharmoniker unter Dr. Kunwalds sicherer und umsichtiger Leitung gaben ebenfalls ihr Bestes. Auch der mitwirkende Violinist Herr Louis Persinger bewies mit dem Vortrage des Konzertes G-moll von Max Bruch, daß er ein Meister auf seinem Instrument ist, wenn auch hin und wieder ein etwas spröder Ton unterlief. Ein trefflicher, hier schon aufs beste bekannter Künstler ist auch der Cellist Eugen Malmgren aus Petersburg, der im Blüthnersaal unter großem Beifall konzertierte. Er spielte die Variationen über ein Rokokothema von Tschaikowsky und kleinere Sachen von Em. Bach, Gluck, Lully, Davidoff und Cui. Seine bemerkenswerte, saubere Technik und ein reizender Vortrag, namentlich der leichten, heiteren Stücke, bereiteten einen großen Genuß. Nicht so gut schnitt seine Partnerin ab. Frau Emmy Reiners hat eine sehr schöne, weiche Altstimme, die aber durch unfreie Tongebung und allzu weiche Aussprache nicht recht zur Geltung kommt; auch müßte der Vortrag viel belebter und durchdachter sein, wenn die Sängerin eine tiefergehende Wirkung erzielen will; sie sang eine Reihe Manuskriptlieder von Ernst Catenhusen, von denen mir „Lebensbüßer“ und „Die Frage bleibt“ recht gut gefielen. Frau Reiners sollte noch gründliche Gesangstudien machen, das Material berechtigt dazu. T.

Stiftungen für das ägyptische Museum. James Simon, dessen Name mit dem großen Aufschwung der ägyptischen Abteilung der Berliner Museen in den letzten Jahren eng verbunden ist, hat der Abteilung soeben wieder eine Anzahl auserlesener Kunstwerke als Geschenke übergeben. Voran steht unter den Zuwendungen das vortrefflich erhaltene Sitzbild des Maja, eines hohen Beamten unter Thutmosis III., um 1475 vor Christus entstanden. Er nennt sich Priestervorsteher der Götter von Aphroditopolis in Oberägypten und trägt um Hals und Arme den Goldschmuck, der ihm nach der Inschrift vom Könige angesichts des ganzen Landes verliehen worden ist. Die Figur, deren Material ein alabasterähnlicher Kalkstein ist, hat die Höhe von 73 Zentimeter. Nur wenig jünger, um 1450 vor Christus entstanden, ist die reizende, tief geschnitte Gruppe von zwei kleinen Steinfiguren auf antikem, gemeinsamen hölzernen Postament. Ein Schreiber hockt da vor dem Bilde des offengestaltigen Gottes der Schrift auf dem Boden. Das Werk ist noch durch eine interessante Inschrift ausgezeichnet. Diese und andere hervorragenden Zuweisungen werden bei der jetzt erfolgenden Neuordnung der ägyptischen Abteilung des Berliner Museums im Erdgeschoß des neuen Museums dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Theaterchronik. Verdis „Troubadour“ geht heute in der Komischen Oper in folgender Besetzung zum ersten Male in Szene. Leonore — Luise Veit (Hamburg), Azucena — Marie Veit-Demmer, Manrico — Kammersänger Heinrich Knote (München), Luna — Max Davison (Hamburg) als Gast. Dirigent: Ignatz Waghalter. Regie Fritz Witte-Wild.

Da Fräulein Hempel am Sonnabend im Hoftheater beschäftigt ist, wird im königlichen Opernhaus statt der ursprünglich angesetzten Vorstellung der „Regimentstochter“, „Carmen“ mit Fräulein Rose in der Titelrolle gegeben.

Im Deutschen Theater findet am 15. März die Erstaufführung von „Faust“, 2. Teil, statt. In dieser Vorstellung, die von Max Reinhardt inszeniert wird, spielt Friedrich Kayßler den Faust. In der Rolle des Mephistopheles wird Albert Bassermann mit Paul Wegener alternieren. Else Heims spielt die Helena, Gertrud Eysoldt den Euphorion.

Aus dem Bureau des Metropol-Theaters wird uns mitgeteilt, daß die für den 9. März, 12 Uhr nachts angesetzte Vorstellung des Deutschen Bühnenklubs erst um $^3/_4$1 Uhr beginnen kann.

Eine Wanderausstellung moderner deutscher Graphik. In verschiedenen deutschen Großstädten wird in den nächsten Monaten die Berliner „Pan“-Presse eine große Reihe der auf ihr gedruckten graphischen Arbeiten moderner deutscher Künstler zur Ausstellung bringen. Es sind hauptsächlich die neuesten Arbeiten der Mitglieder der Berliner Sezession. Wien, München, Köln, Breslau, Hamburg, Berlin und Dresden sind zunächst als Ausstellungsorte in Aussicht genommen. Die hervorragendsten deutschen Graphiker werden hier mit ihren neuesten Arbeiten vertreten sein, mit Radierungen, Lithographien und Holzschnitten, die auf der unter Leitung des Malers Reinhold Hoberg stehenden Handpresse gedruckt worden sind. Max Liebermann sendet seine neuesten Radierungen und Lithographien, darunter besonders Szenen von der holländischen Küste und ein neues Selbstporträt, das den Künstler beim Skizzieren in der Landschaft darstellt; Max Slevogt seine Lithographien zum Lederstrumpf, Corinth die Blätter aus dem Buche Judith. Dann werden mit neuen Arbeiten Emil Orlik, Hermann Struck, E. R. Weiß, Ulrich Hübner, Konrad v. Kardorff und Reinhold Hoberg vertreten sein. Julius Pascin sendet seine Zeichnungen zu Heines Memoiren des Herrn v. Schnabelewopski. Von den übrigen Künstlern der Berliner Sezession steuern Erna Frank, Rudolf Großmann, Ernst Barlach, Hans Meid und andere für die Veranstaltung bei.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Stegerit in Zehlendorf (Wannseebahn); für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer in Berlin; für den Inseratenteil: Paul Grätz in Groß-Lichterfelde.

Hierzu 2 Beiblätter.

Verein Berliner Musiker (E.V.).
Am 7. März 1911 entschlief sanft unser langjähriges Mitglied Herr

Caspar Halmburger

im Alter von 67 Jahren. Er ruhe in Frieden.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 11. März cr. nachmittags von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Das Central-Komite.

Theater • Konzerte

Königliche Schauspiele

Opernhaus.

Donnerstag: Mittags 12 Uhr: **Symphonie-Matinee.** Abends 7½ Uhr: **VII. Symphonie-Konzert der Königlichen Kapelle.**

Freitag: **Die Meistersinger von Nürnberg.** (66. Abonnements-Vorstellung.) Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.

Donnerstag: **Geschlossen.**

Freitag: **Strandkinder.** (68. Abonnements-Vorstellung.) Anfang 7½ Uhr.

Lessing-Theater.

Donnerstag 8 Uhr: **Die Ratten.**
Freit. 8 Uhr: **Einsame Menschen.**
Sonnabend 8 Uhr: **Anatol.**

8 Uhr. **Neues Theater.** 8 Uhr
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr!

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage:
Anf. 8 Uhr. **Die schöne Risette.** Operette in 3 Akt. u. 4 Bild. v. A. M. Willner u. R. Bodansky. Mus. v. L. Fall.

Theater des Westens. 8 Uhr
Die lustigen Nibelungen.

8 Uhr. **Residenz-Theater** 8 Uhr.
Direktion Richard Alexander.
Pariser Menu.

Komische Oper.

Donnerstag, den 9. März cr., Abends 8 Uhr. Zum 1. Male:
Der Troubadour.
Freitag: **Tiefland.**
Sonnabend: **Figaros Hochzeit.**
Sonntag: **Traviata.**
3 Uhr: **Hoffm. Erzählungen.**

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Bummelstudenten.**

Berliner Volksoper.
Belle-Alliancestr. 7/8.
Die Dollarprinzessin.

Apollo Theater
D. neue Kol.-Prog. 10 Weltst.-Attr. 9½ Uhr: **Berlins Sensat. Alwin Neuss**, Toni Tetzlaff in **Beregis! Hüte Dich!** Sensat.-Drama in 1 Akt.

Schiller-Theater O. (Wallner-Th.)
Donnerstag, Abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Schauspiel in vier Akten von Oskar Wilde.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Freitag, Abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Sonnabend, Abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.

Schiller-Theater (Charlottenburg)
Donnerstag, Abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.
Schauspiel in 4 Akten von Paul Lindau.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Freitag, Abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonnabend, Abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.

Zirkus Busch.

Donnerst., 9. März, abds. 7½ Uhr:
Extra Gala-Vorstellung!
Herr **Ernst Schumann** mit seinen hervorragenden Freiheitsdressuren.
Fräul. **Martha Mohnke**, Schulreiterin.
Gastspiel d. Herrn Direktor Pierre Althoff und Frau Direktor Adele Althoff mit ihren berühmten Freiheitsdressuren.
D. Bradnas. — **Franz Steidler**, radf. Bauchredner. — Zwergelowu **François** a. Kunstreit. — 3 Gebr. Fratellinis, ital. urk. Clowns.
Die Fredianis, berühmte Reiterfamilie.
Um 9¼ Uhr: Zum 78. Male!
Armin.
Gross. Volks-Manege-Schaustück

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, den 9. März cr., Abends 8 Uhr:
2×2=5.
Freitag: **2×2=5.**
Sonnab. nachm. 3 U.: **Wilhelm Tell.**
Sonnabend 8 Uhr: **Hofgunst.**
Sonntag 8 Uhr: **2×2=5.**

Metropol-Theater.
Hurra!!!
Wir leben noch!
Grosse Ausstattungsrevue in 7 Bild. v. Jul. Freund. Mus. v. V. Hollaender. In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Winter Garten

Neues Programm!
Olga Desmond
Robert Steidl
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.

Walhalla-Theater
Rosenthaler Tor, Weinbergsweg 19/20. Allabendlich 8¼ Uhr:
Bravo! — Da capo!
Eine Allerwelts-Revue.
Sonntag Nachm. 3½ Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Casino-Theater.
8 Uhr: **Julie Wippchen.**
Original Berliner Volksstück.

Halber U.T. Kassenpreis.
Alexanderplatz
5—7 Uhr

Passage-Theater.
Hedi Herdina
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das grosse neue **März-Programm.**
14 Varieté-Neuheiten.

Carl Kellers Neue Philharmonie
Köpenicker Str. 96/97.
Sehenswürdigkeit Berlins.
Zum Fidelen Bierstüb'l
Täglich Konzert bis 2 Uhr nachts.
Warme Küche die ganze Nacht.

Unsere Mitglieder werden zu der Montag den 20. März 1911, Abends 7½ Uhr in den Räumen „Wilhelmshof" in Berlin, Anhaltstraße 15 (unterer Saal) stattfindenden
Generalversammlung
hierdurch ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Revisionsbericht des Verbandsrevisors.
2. Vorlage der Jahresrechnung für 1910 nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.
3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
4. Gewinnverteilung und Festsetzung des Gutschrifts- und Auszahlungstermins für die Dividende.
5. Wahl von vier Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Neuwahl des Vorstandes und Gehaltsfestsetzung.

Der Geschäftsbericht für 1910 liegt an der Geschäftsstelle zur Einsicht für die Mitglieder aus.
Berlin, den 8. März 1911.
Credit-Verein der Friedrichstadt,
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Ulrich. Beyerlein.

Suche **still. Teilhaber** m. 2000 für Kinotheater. Off. u. **S. O 132** an **Rudolf Mosse**, Wienerstr. 1/6.

Werkstatt, hell, achtfenstrig, 600 M. ev. mit Wohnung **Adalbertstr. 42** (an d. Köpenickerstr.).

Nur echt Löflund verlangen!
Milchzucker Reinste Marke. Nach Prof. v. Soxhlet's Verfahren für gesunde und kranke Säuglinge.
Nährmaltose für Kinder, die nicht gedeihen und an Körpergewicht abnehmen.
Malzsuppen-Extract nach Keller, f. magendarmkranke Kinder bis zu 80% geheilt.
Malzextract nach Liebig u. Fehling, seit 45 Jahren bewährt als Katarrhmittel und Nährpräparat für Kinder, Kranke und Genesende.
Malzextract-Hustenbonbons unerreicht in Wohlgeschmack und lösender Wirkung.
In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zur diesjährigen
ordentlichen Generalversammlung
auf
Mittwoch, den 5. April 1911, vormittags 11 Uhr
in unser Geschäftslokal in Köln, Unter Sachsenhausen Nr. 4, eingeladen.

Tagesordnung:
1. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, des Geschäftsberichtes der Direktion und des Berichtes des Aufsichtsrates.
2. Genehmigung der Bilanz.
3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
5. Wahl zum Aufsichtsrat.

Eintrittskarten und Stimmzettel erhalten diejenigen Aktionäre, welche sich entsprechend dem § 34 Absatz 2 des Statuts bei einer der nachverzeichneten Stellen legitimieren:

bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein** in Köln und Berlin, sowie dessen übrigen Niederlassungen in Bonn, Charlottenburg, Cleve, Crefeld, Cöpenick, Duisburg, Dülken, Düsseldorf, Emmerich, Godesberg, Grevenbroich, Kempen, Moers, Neuss, Odenkirchen, Potsdam, Rheydt, Ruhrort, Schmargendorf, Schöneberg, Steglitz, Viersen, Wesel;
bei der **Dresdner Bank** in Dresden und Berlin, sowie deren Niederlassungen in Augsburg, Bremen, Bückeburg, Cassel, Chemnitz, Detmold, Frankfurt a. Main, Fürth, Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Plauen i. V., Wiesbaden, Zwickau i. S.;
bei der **Mittelrheinischen Bank** in Coblenz, Duisburg und Metz;
bei der **Ostbank für Handel und Gewerbe** in Posen und Königsberg;
bei der **Pfälzischen Bank** in Ludwigshafen, Frankfurt a. Main, Mannheim, München und deren übrigen Filialen;
bei der **Rheinischen Bank** in Essen, Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr;
bei der **Vereinsbank in Hamburg**, Hamburg;
bei der **Westfälisch-Lippischen Vereinsbank, Aktiengesellschaft** in Bielefeld, Detmold, Herford, Lemgo, Minden;
sowie bei den Bankhäusern:
Hermann Bartels in Hannover,
Philipp Elimeyer in Dresden,
E. Heimann in Breslau.

Köln, im März 1911. **Die Direktion.**

§ 34 Absatz 2 des Statuts lautet:
„Wer sein Stimmrecht ausüben will, muss spätestens am siebenten Tage vor dem Tage der Generalversammlung seine Aktien oder einen von der Reichsbank oder einem deutschen Notar ausgestellten Depotschein, im letzteren Falle mit Angabe der Nummern der Aktien, bei der Gesellschaft bis nach stattgehabter Generalversammlung hinterlegen oder sich der Direktion gegenüber in einer ihr genügend erscheinenden Weise über den Besitz seiner Aktien und die Fortdauer solchen Besitzes bis nach stattgehabter Generalversammlung legitimieren."

Bei den oben genannten Berliner Anmeldestellen können statt der Aktien die mit Nummern-Verzeichnis versehenen Depotscheine der Bank des Berliner Kassen-Vereins über die Aktien hinterlegt werden.

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., **Oranienstr. 158.**
Steppdecken in voller Bettgrösse
Similiseide in den Farb. 5²⁵ bis 21⁰⁰
Wollatlas bord. blau, oliv 6⁷⁵ bis 27⁰⁰
Daunendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰
Schlafdecken 3⁵⁰ bis 48⁰⁰
Inventur-Extraliste
enorm billiger Sonderangebote
gratis u. franco.*

Ludw. Loewe & Co., Actiengesellsch.
In Gemässheit des § 20 unserer Statuten werden unsere Herren Aktionäre zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung auf Montag, den 3. April 1911, Vormittags 11 Uhr, nach unserem Konferenzsaale, Berlin, Dorotheenstrasse 43/45, neue No. 35/36 ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
2. Revisionsbericht der Prüfungsdeputation über die Rechnungslegung; Beschlussfassung über die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung, die Gewinnverteilung und über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
3. Aufsichtsratswahlen.

Die Anmeldung und Hinterlegung der Aktien oder der über solche lautenden Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassenvereins hat bis zum 30. März 1911, Nachmittags 5 Uhr, bei der Gesellschaftskasse, Dorotheenstr. 35 oder bei einem Notar, oder bei einem der nachbenannten Bankhäuser: Bank für Handel und Industrie, Berliner Handels-Gesellschaft, S. Bleichröder, Nationalbank für Deutschland, sämtlich in Berlin, Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin und Frankfurt (Main), Dresdner Bank, Berlin, Dresden, Frankfurt (Main) und Leipzig, A. Schaaffhausen'scher Bankverein, Berlin, Cöln und Düsseldorf, Rheinische Bank, Essen (Ruhr), zu erfolgen.

Die Hinterlegung, welche nicht bei der Gesellschaft geschieht, ist durch eine Bescheinigung der Hinterlegungsstelle nachzuweisen.
Berlin, den 6. März 1911.
Der Aufsichtsrat.
Hoeter, Vorsitzender.

Möbel
liefert Groß-Tischlerei
auf Teilzahlung
zu Kassa-Preisen und Zinsvergütung. Gegenseitige Diskretion Bedingung.
Gefl. Anfragen unter **A. 1651** an die Hauptexped. d. Bl.
*

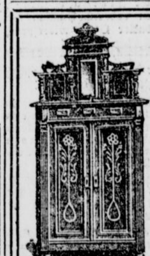
Sport-Palast Potsdamer Str. 72-72a.
Grösster Eispalast der Welt.
Eintritt 1 M. Reserv. Plätze 2 M.
An Wochentagen von 1—4 Uhr Eintritt 50 Pfg.
„Eisfest an der Neva"
Unter Mitwirkung von ca. 200 Eislaufkünstlern u. zwei Künstlerkapellen. Aussergewöhnliche luxuriöse Ausstattung u. unerreichbare Lichteffekte. Bengalische Beleuchtung der Vorstellung.

CLOU
Berliner Konzerthaus
Mauerstrasse 82 Zimmerstrasse 90/91
Eintritt 50 Pfg.
Gastspiel
Johann Strauss aus Wien
mit seiner vollständigen Kapelle spielt u. a. die preisgekrönten Walzer des Preisausschreibens der „Woche".
Anfang 8 Uhr.
Morgen Freitag Gastspiel Joh. Strauss.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108 114.

Heute
Donnerstag, den 9. März 1911
Letzter
Sensations-Prämiierungs-Abend.
Prämiiert wird
der eleganteste Hosenrock.
3 bare Geldpreise à 50 Mark
und 10 Trostpreise.
Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. Entrée 30 Pfg.



Möbeltischlerei
R. Harnack
Tischlermeister
Stallschreiber-Strasse 57
(Moritzplatz).
Komplette Wohnungseinrichtungen.
Enorme Auswahl! — Reelle Ware!
! Billigste Fabrikpreise. Zahlungserleichterung. !
Verkauf nur Hof im Fabrikgebäude.

Für praktische Herren
Abonnement für elegante Herren-Garderobe nach Mass
in künstlerischer Vollendung des Sitzes. — Ich liefere:
im 4 Monats-Abonnement: 1 Anzug oder 1 Paletot,
im Jahres-Abonnement: 2 Anzüge und 1 Paletot
b. **monatlicher** Zahl. von M. **12,00**; fein. Qualitäten M. 15,67 b. M. 19,50. **Besondere Vorzüge** meines Abonnements sind **Eigentumsübergang** bei Nachzahlung von M. 5,00 für jeden Paletot oder Anzug.
Bei Barzahlung Extra-Rabatt.
Grosses Verleih-Institut für Gesellschaftskleidung.
Man erbitte sich meinen Prospekt! *
Gegründet 1883 **Siegmund Byk** Telephon: A. IV, 14087
Friedrichstr. No. 10 II (nahe Belle-Allianceplatz).

Vorzeiger dieses 5% Rabatt.
Tausende schönster Damen
Engl. u. schwarze Paletots, Kostümröcke, Kostümes Extra-Mass-Abt.)
jetzt auch spottbilliger Einzelverkauf.
Damenmäntel-Fabrik Lefèvre,
Mohrenstr. 41 II. Etage. *
Reisemuster bis 50% unter Preis.

Das gefährliche Alter
eines Kleides beginnt, wenn es unmodern wird. Mit Favorit-Schnitten können Sie alles leicht modernisieren und selbst schneidern. Die Auswahl, hunderte Modelle, erfolgt aus dem Favorit-Moden-Album, Preis 60 Pfg. Versand gegen Einsendung v. 70 Pfg. durch **C. Müller, Berlin C. 3,** Spittelmarkt 5. *

Dr. Drackes Haarwell-Essenz
schafft über Nacht moderne Haartracht! **Garantie Geld zurück. Probe-Fl. 1 Mk.** zuzüglich Nachn.-Porto. Versandhaus Abt. 9.
Störmer,
Berlin O., Kronprinzenstr. No. 4. *

Technikum Neustadt i. Meckl. Höhere Lehranst.
Ingenieure, Techniker, Werkmstr., Masch.-Bau, Elektrotechf., Progr. frei.

Ohne Anzahl. Woche 50 Pf.
Bilder. Spiegel.
Möbel, Polsterwaren, Gardinen, Teppiche, Steppdck., Tischdeck., Portièr., Herrengarder., Bezüge, Gaskronen, Uhren liefert billigst **M. S. Weber, Prenzlauerstr. 25.***
Besuch evtl. Postkarte.

Stall u. Remise
für 2 Pferde und 2—3 Wagen nebst Kutscherstube, hell u. gesund, in Herrschaftshaus sofort zu vermieten. **Corneliusstr. 3.** *

Möbel liefert auf bequeme **Teilzahlung** bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit grösster Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) *
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Gardinen □ Stores □ Tüllbettdecken
in schwerem Jaquardtüll und in Erbstüll an Jedermann zu unseren Originalpreisen.
Vertrieb von Erzeugnissen sächs.
Gardinenfabriken
Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.

C. Rosenthaler Strasse 2, Rosenthaler Tor.	**O. Gr. Frankfurter Str. 5-6,** Ecke Fruchtstrasse.
S. Oranienstrasse 37, nahe Oranienplatz	**O. Niederbarnimstr. 13,** Ecke Boxhagener Strasse.
S. Kottbuserdamm 65, (Rixdorf), nahe Hermannpl.	**O. Grüner Weg 28,** gegenüber der Markthalle.

Sachgemässe Bedienung. — Keine unnötige Verteuerung. *